

Forderungen an Politik und Gesellschaft von siaf e.V. für Frauen und allein erziehende Frauen

siaf e.V. macht sich für die Rechte von Frauen stark. Wir setzen uns für die Verwirklichung von Gleichberechtigung und Gleichstellung ein.

Nach aktuellen Zahlen der Bertelsmann Studie *Alleinerziehende unter Druck (2016)* zählt jede fünfte Familie zu einer sogenannten „Einelternfamilie“. In fast 90 % sind es die Mütter, die die alleinige Verantwortung für Kindererziehung und Erwerbsarbeit tragen. Knapp 42 % der Einelternfamilien gelten als arm bzw. armutsgefährdet. Über 37 % stehen hier im Arbeitslosengeld II-Bezug. Auch wenn der Großteil der allein erziehenden Mütter einer Arbeit nachgeht, reicht das Geld kaum zum Leben. Erwerbsarbeit findet zu ca. 42 % unter Teilzeitbedingungen statt, der Arbeitsmarkt ist einer Geschlechtersegregation unterworfen. Der sogenannte „Gender Pay Gap“ betrug 2016 bundesweit ca. 21 %.

Das Armutsrisiko allein Erziehender ist mit den Problematiken der Unterhaltszahlungen verknüpft. Bei ca. 50 % der zumeist allein erziehenden Frauen kommt der Unterhalt nicht an und ca. 25% erhalten Unterhaltszahlungen nur unregelmäßig bzw. in unvollständiger Höhe.

Allein erziehende Frauen müssen ökonomisch und gesellschaftlich gestärkt und unterstützt werden.

Deshalb fordern wir:

Gleichstellung - Arbeitsmarkt

Wir fordern die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Zu viele Frauen arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Wir fordern wirksame Instrumente, um der Ungerechtigkeit entgegen zu wirken. Hier sind Entgeltgleichheit für Männer und Frauen, generelle Arbeitszeitverkürzungen (z.B. 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich), Entwicklung flexibler Arbeitszeitmodelle, Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes, Abschaffung von Minijobs, Einführung einer flächendeckenden Frauenquote in Führungspositionen bzw. in Aufsichtsratsgremien auch nichtbörsendotierter Unternehmen sowie die Ermöglichung von flexiblen Teilzeitausbildungen und Teilzeitstudiengängen zu nennen. Wir fordern die ökonomische Aufwertung der Arbeit, die von Frauen geleistet wird. So fordern wir die Aufwertung von Care-Arbeit, die meist in den Händen von Frauen liegt. Dies muss sich an einer adäquaten Entlohnung und guten Qualifizierungsmöglichkeiten für alle helfenden und gemeinwohlorientierten Berufe zeigen.

Wirtschaftliche Absicherung - Existenzsicherung

Wir fordern einen Anspruch auf eine staatliche finanzierte existenzsichernde und sanktionsfreie Grundsicherung für alle, die aus verschiedenen Gründen kein oder ein geringes Einkommen haben, beispielsweise weil sie zu Hause Care-Arbeit leisten, eine Ausbildung absolvieren oder durch Krankheit, Behinderung und Alter ihren Lebensunterhalt nicht selbst erwirtschaften können. Wir fordern hier eine Anhebung der Vermögensfreibeträge.

Wir treten ein für eine wirksame Umverteilung. Wir sind gegen ein gesellschaftliches Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich. Instrumente einer gerechten Steuerpolitik (größere Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen) sind notwendig. Ferner fordern wir die Abschaffung des

Ehegattensplittings und die deutliche steuerliche Begünstigung für Menschen bzw. Lebensgemeinschaften, die Kinder aufziehen.

Unterhalt

Wir fordern im Bereich des Unterhaltsrechts Veränderungen in Bezug auf die Höhe des Betreuungs- und Kindesunterhaltes. Wir fordern eine längere Bezugsdauer für den Unterhaltsvorschuss bis zum Ende der Ausbildung der Kinder und eine generelle Anhebung der Leistung. Behördliche Ermittlungen zur Einkommenshöhe der Unterhaltspflichtigen müssen Standard sein. Der Einzug des Unterhaltes soll durch das Finanzamt erfolgen. **Wir treten dafür ein**, dass die mehrheitlich betroffenen Frauen institutionell hier stärker unterstützt werden.

Bildung und Betreuung

Wir fordern eine bedarfsgerechte Infrastruktur zur Betreuung der Kinder. Diese ist für allein erziehende Frauen Bedingung, um eine existenzsichernde Berufstätigkeit verwirklichen zu können. Wir fordern die Schaffung flexibler Betreuungsmöglichkeiten, einkommensorientierte und finanzierbare Kinderbetreuung, qualitative und quantitative Verbesserung der Personalsituation im vorschulischen und schulischen Bereich. Wir fordern einen Ausbau inklusiver Angebote für Familien mit Kindern mit Behinderung. Besondere Bedarfe müssen immer Berücksichtigung finden. Allein Erziehende müssen bei der Suche nach Betreuungsplätzen in der obersten Dringlichkeitsstufe erfasst werden. **Wir treten dafür ein**, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig ihres Elternhauses, ihrer Herkunft und ihrer Lebensverhältnisse die gleichen Bildungschancen haben und die Schule mit einem qualifizierten Abschluss verlassen können. Sie haben so eine stabile Basis für eine Ausbildung oder ein Studium, für ein lebenslanges Lernen und für eine gesellschaftliche Teilhabe.

Umgangs- und Sorgerecht

Wir fordern aus der Beobachtung aktueller rechtlicher Entwicklungen, das Wechselmodell nicht gegen den Willen eines Elternteiles anzuordnen. Die Betreuungsregelungen sind generell der jeweiligen Situation der Familie, dem Verhältnis und Verhalten der Eltern untereinander anzupassen und können nicht normiert werden. Dies ist unsere Auffassung des Kindeswohls.

Gesundheit

Wir fordern eine starke Senkung der Selbstkostenanteile für Gesundheitskosten (Medikamente, Hilfs- und Heilmittel - so beispielsweise bei Zahnersatz - und Krankenhausaufenthalte). Die Anzahl der bezahlten Arbeitstage bei Erkrankung der Kinder muss unter Beibehaltung des vollen Lohnes erhöht werden. Wir fordern weiterhin die Absenkung des ArbeitnehmerInnenanteils zur gesetzlichen Krankenversicherung. Gesundheit darf nicht eine Frage der Einkommenshöhe oder des Vermögens sein.

Wohnen

Bezahlbarer Wohnraum muss geschaffen werden. **Wir fordern**, gerade für allein erziehende Frauen kreative Lösungen zu finden. Genossenschaftliches Wohnen, Mietkaufprojekte, Möglichkeiten zinsloser Darlehen zum Erwerb von Wohneigentum und ein Ausbau geförderter Wohnformen in sozialen Quartieren müssen geschaffen werden. Allein erziehende Frauen müssen zudem in München bei der Sozialwohnungsvergabe mit einer höheren Punktezahl berücksichtigt werden.